



Niederschrift

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 131. Sitzung

am Donnerstag, dem 30. April 2026, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christian Dirschauer (SSW), Vorsitzender

Michel Deckmann (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Sönke Siebke (CDU)

Rasmus Vöge (CDU)

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Annabell Krämer (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bemerkungen 2025 des Landesrechnungshofs mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2023	
und	
Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2023.....	4
Bericht der Landesregierung Drucksache 20/2910	
Votenentwurf der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung Umdruck 20/6339 Schreiben des Sozialministeriums Umdruck 20/6484	
2. Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2026 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2026).....	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/4335	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 20/6497	
3. Die Einkommensteuer moderner und familienfreundlicher gestalten: Einführung eines gerechten Familiensplittings.....	8
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/4102	
4. Information/Kenntnisnahme.....	9
Umdruck 20/6443 – Beratungstelefon Anschlagsgeschehen Umdruck 20/6455 – Geoinformationssystem Landentwicklung Umdruck 20/6459 – Versorgungsfonds Umdruck 20/6481 – Start-up-Förderung Umdruck 20/6492 – Corona-Hilfsprogramme Umdruck 20/6493 – Mehrausgaben für Besoldung vertraulicher Umdruck 20/6480 – Bahnnetz Süd-West	
5. Verschiedenes.....	10

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Nach § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung beschließt der Finanzausschuss einstimmig, die folgenden Umdrucke vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten:

- Umdruck [20/6486](#) (Spielbanken)
- Umdruck [20/6480](#) (Bahnnetz Süd-West)

1. Bemerkungen 2025 des Landesrechnungshofs mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2023

und

Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2023

Bericht der Landesregierung
Drucksache [20/2910](#)

(überwiesen am 28. Februar 2025)

Votenenwurf der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung
Umdruck [20/6339](#)

Schreiben des Sozialministeriums
Umdruck [20/6484](#)

Der Finanzausschuss nimmt bei den Textziffern 10, 16 und 26 Änderungen am Votenenwurf der Arbeitsgruppe (Umdruck 20/6339) vor und setzt die Diskussion über Textziffer 26 (Wohnpflegeaufsicht) fort.

Sozialstaatssekretär Albig erläutert den Formulierungsvorschlag des Sozialministeriums zu Textziffer 26 (Umdruck 20/6484, Seite 3). Die Formulierung „Das Sozialministerium wird gebeten, im Rahmen seiner Fachaufsicht auf eine angemessene Personalausstattung und Prüfungsweise hinzuwirken“ sei nicht nur aus Gründen der Konnexität problematisch, sondern insbesondere auch deswegen, weil sie die grundgesetzlich garantierte Organisations- und Personalhoheit der Kommunen berühre. In der Begründung auf Seite 3 des Umdrucks müsse

es korrekterweise heißen: „Die Streichung der ursprünglich vorgesehenen Aufforderung an das Sozialministerium, im Rahmen der Fachaufsicht auf eine angemessene Personalausstattung hinzuwirken, ist folgerichtig.“

Frau Muschke, Leiterin des Referats Pflegeinfrastruktur, Wohnpflege, Pflegeversicherung im Sozialministerium, weist darauf hin, dass Schleswig-Holstein mit einer Prüfquote von über 80 Prozent im Jahre 2025 bei der Wohnpflegeaufsicht im Bundesvergleich gut dastehe. Unabhängig davon fänden anlassbezogene Prüfungen statt. Bei Mängeln gebe es eine enge Abstimmung zwischen Aufsichten und Fachaufsicht; in der Regel erfolge eine Berichterstattung, es könne aber auch eine fachaufsichtliche Beanstandung und in letzter Konsequenz eine fachaufsichtliche Weisung oder gar das Einschalten der Kommunalaufsicht erfolgen. Die Prüfrichtlinie werde aktuell überarbeitet.

Der Finanzausschuss unterstreicht die Bedeutung einer funktionierenden Wohnpflegeaufsicht und verständigt sich auf die Formulierung zu Textziffer 26 (siehe Drucksache [20/4370](#)).

Einstimmig verabschiedet der Finanzausschuss eine Beschlussempfehlung an den Landtag (Drucksache [20/4370](#)).

**2. Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2026
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2026)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache [20/4335](#)

hierzu: Umdrucke [20/6465](#), [20/6482](#), [20/6483](#), [20/6484](#), [20/6485](#),
[20/6486](#), [20/6487](#), [20/6489](#), [20/6490](#), [20/6491](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN
Umdruck [20/6497](#)

Abgeordneter Plambeck bringt den Änderungsantrag der Koalition, Umdruck 20/6497, ein.

Abgeordnete Raudies fragt, welche „erforderlichen Vorarbeiten im weiteren Verlauf des Jahres“ unternommen würden (Umdruck 20/6490, Seite 2) und wann das Azubiwerk realisiert werde (Umdruck 20/6483, Seite 2). – Nachdem sie keine Antworten erhält, kündigt sie eine Kleine Anfrage an.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu den Investitionsmitteln für den schulischen Ganztags antwortet Finanzministerin Dr. Schneider, nach Aussage des Bildungsministeriums sollten die Förderbescheide in diesem Jahr ergehen.

SPD, FDP und SSW kritisieren, dass die Ministerien die in der letzten Ausschusssitzung gestellten Fragen teilweise nicht befriedigend und nicht ausreichend beantwortet hätten.

Zu Titel 16 07-883 09 – Zuweisungen für Investitionen für den Ausbau des schulischen Ganztags in Schleswig-Holstein an Träger öffentlicher Schulen – wiederholt Abgeordnete Krämer ihre Frage an das Bildungsministerium, wann welcher Anteil aus LuKIFG-Mitteln beziehungsweise Landesmitteln bezahlt werde und warum 2027 für den Ganztagsausbau offensichtlich keine Landesmittel genutzt würden (Niederschrift über die 130. Finanzausschusssitzung, Seite 9).

Auf eine Frage zur Veranschlagung der Zinsausgaben begründet Herr Jungk, Leiter des Referats Kredit- und Zinsmanagement im Finanzministerium, die Absenkung bei den Zinsausgaben

mit der Entwicklung der Liquidität, Barsicherheiten im Derivatbereich, Zinsfixierungen im halbjährlichen Bereich und dem Verzicht auf den Abschluss von Zinsversicherungen.

Ministerin Dr. Schneider macht darauf aufmerksam, dass die Anpassung bei den Zinsausgaben im 2. Nachtragshaushalt wesentlich auf die Ergebnisse des Ende März 2026 durchgeführten Kapitalmarktgesprächs zurückzuführen sei.

Zu Titel 04 16-661 01 – Erstattung von Zinsen und Geldbeschaffungskosten für Darlehen zur Finanzierung der Förderung kommunaler Infrastrukturmaßnahmen im Zusammenhang mit der Ansiedlung einer Batteriezellenfabrik in der Region Heide – fragt Abgeordnete Krämer das Innenministerium, in welcher Größenordnung bisher Mittel aus diesem Titel bewilligt worden seien.

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von SPD und FDP werden der Änderungsantrag der Koalition und der so geänderte Nachtragshaushalt angenommen.

3. Die Einkommensteuer moderner und familienfreundlicher gestalten: Einführung eines gerechten Familiensplittings

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache [20/4102](#)

(überwiesen am 26. Februar 2026 an den **Finanzausschuss** und den Sozialausschuss)

Auf Antrag der Abgeordneten Raudies beschließt der Finanzausschuss, am 4. Juni 2026 eine Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende bis zum 8. Mai 2026 zu benennen.

4. Information/Kenntnisnahme

- Umdruck [20/6443](#) – Beratungstelefon Anschlagsgeschehen
- Umdruck [20/6455](#) – Geoinformationssystem Landentwicklung
- Umdruck [20/6459](#) – Versorgungsfonds
- Umdruck [20/6481](#) – Start-up-Förderung
- Umdruck [20/6492](#) – Corona-Hilfsprogramme
- Umdruck [20/6493](#) – Mehrausgaben für Besoldung
- vertraulicher Umdruck [20/6480](#) – Bahnnetz Süd-West

Unter Bezugnahme auf Umdruck 20/6443 (Beratungstelefon Anschlagsgeschehen) bittet Abgeordnete Raudies die Landesregierung, grundsätzlich erst den Finanzausschuss und dann die Presse zu informieren.

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis – bis auf Umdruck [20/6480](#), der am 28. Mai 2026 gemeinsam mit dem Verkehrsministerium und ZUG.SH beraten werden soll.

5. Verschiedenes

a) Nächste Finanzausschusssitzungen:

- 28. Mai
- 4. Juni (u. a. Anhörung zum Familiensplitting)
- 8. bis 11. Juni Brüssel-Reise
- 2. Juli

b) Finanzministerin Dr. Schneider kündigt an, sich über das Beratungsverfahren zum Besoldungsanpassungsgesetz mit den finanzpolitischen Sprecherinnen und Sprechern vor der nächsten Finanzausschusssitzung am 28. Mai 2026 verständigen zu wollen. Sodann teilt sie mit, dass das sogenannte Weihnachtsgeldverfahren 2007 auf Platz 32 der Jahresvorschau 2026 des Bundesverfassungsgerichts stehe und in diesem Jahr entschieden werden könnte. Eine solche Gerichtsentscheidung könne faktisch Wirkung für die Folgejahre entfalten. Zum sogenannten Familienmodell, das mittlerweile in fast allen Bundesländern angewendet werde, werde sich das Bundesverfassungsgericht absehbar nicht äußern.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, schließt die Sitzung um 11:10 Uhr.

gez. Christian Dirschauer
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer